

Norman Aselmeyer / Stefan Jehne / Yves Müller

»Die DDR hat's nie gegeben«

Leerstellen in der aktuellen Erinnerungsdebatte

Im Frühjahr 2020 fand sich Achille Mbembe überraschend im Mittelpunkt einer explosiven Debatte wieder. Dem Kameruner Historiker und postkolonialen Vordenker, der für den Eröffnungsvortrag auf der Ruhrtriennale eingeladen war, wurde vorgeworfen, den Holocaust relativiert zu haben. In den deutschen Feuilletons nahm ein handfester Streit seinen Anfang, der sich weniger um Mbembe selbst und sein Werk drehte, als das Verhältnis von Holocaust-Erinnerung und postkolonialem Gedächtnis neu zu vermessen. Diese Auseinandersetzung, so zeigte zuletzt der Skandal um antisemitische Bilder bei der documenta fifteen, hält weiterhin an.

Seit dem vergangenen Jahr entzündet sich eine Kontroverse bisher unbekanntes Ausmaßes – von manchen bereits als »Historikerstreit 2.0« bezeichnet – an einer Polemik des australischen Genozidforschers A. Dirk Moses. Diese lief im Wesentlichen auf den Vorwurf hinaus, dass in Deutschland ein hegemoniales, quasireligiöses Gedenken an die Shoah vorherrsche, das eine adäquate Erinnerung an andere Massengewalt und Genozide und damit auch an die europäischen Kolonialverbrechen verhindere.¹ In dem kurze Zeit später im *Merkur* ausgetragenen Disput zwischen dem Globalhistoriker Sebastian Conrad und dem Osteuropahistoriker Martin Schulze Wessel ging es, wenn auch unter anderen Vorzeichen, ebenfalls um die Frage nach der angemessenen Gewichtung von Kolonialismus und Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur.²

Nun ist der Impetus, hegemoniale Erinnerungsdiskurse und Herrschaftsnarrative zu hinterfragen, der sich in diesen Debatten Bahn bricht, natürlich grundsätzlich legitim. Problematisch erscheint uns allerdings die damit über die Parteiungen hinweg verbundene Zuversicht, die Komplexität, Diversität und Wandelbarkeit der Memorialkulturen hierzulande lasse sich über den eher schlichten Kollektivsingular der »deutschen Erinnerungskultur«

- 1 A. Dirk Moses, *Der Katechismus der Deutschen*. In: *Geschichte der Gegenwart* vom 23. Mai 2021 (geschichtedergewenheit.ch/der-katechismus-der-deutschen).
- 2 Sebastian Conrad, *Erinnerung im globalen Zeitalter. Warum die Vergangenheitsdebatte gerade explodiert*. In: *Merkur*, Nr. 867, August 2021; Martin Schulze Wessel, *Zur Singularität des Holocaust. Eine Antwort auf Sebastian Conrad*. In: *Merkur*, Nr. 869, Oktober 2021; Sebastian Conrad, *Warum die Vergangenheitsdebatte immer noch explodiert*. In: *Merkur*, Nr. 870, November 2021.

analytisch angemessen fassen. Und das umso mehr, als der räumlich-singuläre Zuschnitt des Begriffs, der sich allein auf Westdeutschland bezieht, höchst selten hinterfragt wird. In so gut wie allen Beiträgen fallen die DDR und die neuen Bundesländer aus dem Blick heraus. »Die DDR hat's nie gegeben.« So war es 2008 in kapitalen weißen Lettern an das Fundament des gerade abgerissenen Palasts der Republik geschrieben worden. Heute steht dort das Humboldt-Forum, dessen Fassade das Berliner Schloss nachbildet, einst Residenz der preußischen Könige und deutschen Kaiser.

Mit diesem geschichtspolitischen Einwurf ist es wie mit der Erinnerungskultur und eben auch dem aktuell geführten »Historikerstreit 2.0«: Dass es neben der westdeutschen auch eine ostdeutsche Erinnerung gegeben haben könnte, wird selten wahr-, noch seltener ernstgenommen. Neben der westdeutschen »Normalgeschichte« hat die DDR nur als überwundenes Interregnum Platz auf dem Trümmerhaufen der Geschichte. Dabei leben wir nicht nur in einer postnationalsozialistischen und postkolonialen Gesellschaft, sondern ebenso in einer postsozialistischen. Jenseits der vermeintlichen Dichotomie zwischen den Erinnerungen an die postkolonialen und postnationalsozialistischen Vergangenheiten existiert ein sozialistisches Erbe in Deutschland, das nicht nur unverbunden neben den beiden anderen Erinnerungskulturen steht, sondern die beiden Ersteren auch nachhaltig prägt. So ließe sich der Begriff der »Kotransformation« (Philipp Ther) auch auf die gebrochenen Erinnerungskulturen hierzulande anwenden.³

Conrad benennt die DDR immerhin als Mitfahrende im erinnerungspolitischen Karussell. Doch verlässt er – wie die meisten anderen – die bundesrepublikanische Plattform nicht, von der aus er sein Erinnerungsmodell aufbaut. Ohne jeden kritischen »Turn« kann er von einem erinnerungskulturellen »Transfer von West nach Ost« im Rahmen eines »Strukturanpassungsprogramms« sprechen.⁴ Diese Sichtweise kritisiert auch Schulze Wessel, weil die von Conrad postulierte »Angleichung der ostmitteleuropäischen Erinnerungskulturen an die deutschen und westeuropäischen Muster« so nicht stattgefunden habe. Schließlich entwickelte sich »neben der Holocaust-Erinnerung der Gulag« zu einem »Symbol der antitotalitären Erinnerung«, so Schulze Wessel – ohne die DDR auch nur mit einem Wort zu erwähnen. In seiner Antwort auf Schulze Wessels Replik reflektiert Conrad in Bezug auf die DDR immerhin, dass deren Erinnerungsgeschichte »angesichts der Verve

3 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin: Suhrkamp 2014.

4 Conrad, *Erinnerung im globalen Zeitalter*.

der NS-versus-Kolonialismus-Diskussion aus dem Blick geraten« sei.⁵ Die westdeutsche Diskursreferenz aber bleibt bestehen.

Man muss kein DDR-Apologet sein, um zu begreifen, dass die gegenwärtige Erinnerungsdebatte in ihren Verschränkungen und Verrenkungen ohne Einbeziehung einer deutsch-deutschen Perspektive kaum erschöpfend analysiert werden kann. Es wäre daher dringend ein wenig mehr »critical westness« seitens der bis heute westdeutsch dominierten Historikergilde gefragt, eine Sensibilität für die eigene Sprecherposition statt der fortlaufenden Setzung der westdeutschen Erfahrung als Norm. Anstelle einer Globalisierung des Erinnerns und einer »Entprovinzialisierung deutscher Geschichte« (Jürgen Zimmerer) bedarf die aktuelle Debatte einer ReProvinzialisierung deutsch-deutscher Erinnerungsgeschichte.⁶ Mit dieser Neuperspektivierung wird dann auch deutlich, dass in der DDR die koloniale Vergangenheit keineswegs in Konkurrenz zur Erinnerung an die Schoah stand. Ein zweifaches Gedenken war also nicht ausgeschlossen, obgleich es überlagert war von den ideologischen Prämissen des Antifaschismus. Darüber hinaus führte das Ende der DDR zu einer spezifisch ostdeutschen Gedenklandschaft, die in der laufenden Debatte um die deutsche »Vergangenheitspolitik« nivelliert wird.⁷

Schoah und Antifaschismus im »zweiten« deutschen Staat

Das »master narrative« der DDR basierte auf dem Gedanken, mit dem Nationalsozialismus endgültig und unwiderruflich gebrochen zu haben und auf dem Weg zu sein, ein sozialistisches, ein »besseres Deutschland« aufzubauen. Fortan standen die Ostdeutschen auf der Seite der »Sieger der Geschichte«. Früh wurde die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und an den Widerstand kanonisiert, der Antifaschismus als Staatsdoktrin etabliert. Das Gedenken an die Widerstandskämpfer war ein zentraler Legitimationsstrang der DDR. In dieser Diktion führte der, allerdings erfolglose, Widerstand linear zur Gründung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden – nicht die alliierten Armeen, die das Regime erst militärisch niederringen mussten. Damit diente die DDR-Erinnerungskultur keineswegs nur dem Gedenken an den antifaschistischen Widerstand, der

5 Conrad, *Warum die Vergangenheitsdebatte immer noch explodiert*.

6 Jürgen Zimmerer, *Nationalsozialismus postkolonial. Plädoyer zur Globalisierung der deutschen Gewaltgeschichte*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 57/6, 2009.

7 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München: Beck 1996.

in dieser teleologischen Perspektivierung allerdings zur bloßen DDR-Vorgeschichte zu verkommen drohte, sondern verstand sich als in die Zukunft gerichtete Manifestation der eigenen moralischen Überlegenheit. Es sollten vorbildstiftende Helden geschaffen werden, die als »Kämpfer gegen den Faschismus« zu ehren waren. Die Erinnerung sollte fast ausschließlich kommunistischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern zuteilwerden, während alle anderen lange Zeit über nur dann geehrt wurden, wenn sie sich dem kommunistischen Widerstand angeschlossen hatten.⁸

Die Behandlung der Schoah in der DDR musste unter dem Primat der kommunistischen Anschauung der »jüdischen Frage« aus der Klassenkampfperspektive interpretiert werden. Der Antisemitismus werde sich demzufolge mit dem Ende des Kapitalismus von selbst erledigen – womit das Recht von Jüdinnen und Juden auf einen eigenen Staat ab 1948 konsequent negiert wurde. Zudem wurde der Holocaust zwar nicht ignoriert, aber unter die gängige Faschismusinterpretation subsumiert.⁹

Der DDR-Antifaschismus war von massiven Brüchen geprägt, blieb aber bis zum Ende zentrales Leitmotiv des Regimes. Mit dem Kriegsende bemühten sich verschiedene Opfergruppen um eine breite Würdigung der Leiden von Millionen Menschen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, den nationalsozialistischen Zwangsarbeits- und Strafgefangenenlagern, den Zuchthäusern und Gefängnissen. In allen alliierten Besatzungszonen wurden Interessenvertretungen der Überlebenden von rassistischer wie politischer Verfolgung ins Leben gerufen. Im Februar 1947 gründete sich die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) nach dem Prinzip der »Überparteilichkeit«, die angesichts der wachsenden Dominanz der SED allerdings schnell aufgegeben wurde.

Die Aufkündigung des antifaschistischen Bündnisses und die beginnende Blockkonfrontation beförderten die »Marginalisierung der jüdischen Katastrophe«. ¹⁰ Die Stimme der Opfer des NS-Terrors, insbesondere der Überlebenden der Schoah in der DDR, wurde bald schon nicht mehr gehört. Jüdische Überlebende wurden zu Opfern zweiter Klasse degradiert, nur als »OdF« beziehungsweise »Verfolgte des Naziregimes« eingestuft und damit –

8 Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), *Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus*. Berlin: Metropol 1999; dies. (Hrsg.), *Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus*. Berlin: Metropol 2001.

9 Joachim Käppner, *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR*. Hamburg: Dölling und Galitz 1999.

10 Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*. Berlin: Propyläen 1998.

auch materiell – von den »Kämpfern gegen den Faschismus« geschieden. »Sie alle haben Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft«, hieß es. Die Idee der Versöhnung zwischen Jüdinnen/Juden und (nichtjüdischen) Deutschen wurde durch die Rhetorik eines kommunistischen Widerstands nach einer sehr kurzen Nachkriegszeit bis 1947/48 untergraben. Hinzu kam die zunehmend antizionistische Politik der Partei und ihrer Funktionäre – mit Ausnahme Einzelner, wie Paul Merker. Judenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung gingen einher mit der Ablehnung jedweder Restitutions- und Reparationsansprüche. Die stalinistischen Säuberungen gegen »Kosmopoliten« innerhalb der SED im Jahr 1952/53 trafen jüdische und nichtjüdische Kommunisten. In der Folge wurde die VVN im Februar 1953 aufgelöst.

Nun nahm der Antifaschismus seinen »zugewiesenen Platz auf der Ehrentribüne [...] der ewig gleichen politischen Rituale« ein.¹¹ Zugleich existierten in der DDR der 1960er Jahre kleine jüdische Gemeinden, deren Mitglieder trotz der jüdenfeindlichen Stimmung der Vorjahre dem Land nicht den Rücken gekehrt hatten. Geblieben waren auch die überzeugten Kommunistinnen und Kommunisten. Die antiisraelische Politik der Staatsführung erreichte ihren Höhepunkt während des Sechstagekriegs 1967. Fortan unterstützte die SED die arabischen Staaten ebenso wie die PLO Jassir Arafats in ihrem Kampf gegen den jüdischen Staat.¹² Dabei mischte sich diese Art Schuldabwehr-Antizionismus mit einem in der Bevölkerung noch immer latent manifesten Antisemitismus. Juden waren in Betrieben, an den Universitäten und in der Armee antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt. Die Traumata der Eltern, deren Familien in den Gaskammern und an den Schießgruben ermordet wurden, konnten auch die Kinder jahrzehntelang nicht benennen. Dieses erzwungene Schweigen ist spezifisch für die ostdeutsch-jüdische Erfahrung. Ein von dem jüdischen Historiker Helmut Eschwege geplantes Buch über die Geschichte der Judenvernichtung konnte

11 Martin Schönfeld, *Gedenktafeln in Ost-Berlin*. Berlin: Aktives Museum Faschismus und Widerstand 1991.

12 Wolfgang Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel*. Berlin: Metropol 2018; Thomas Hauray, *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburger Edition 2002; Jeffrey Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989*. Göttingen: Wallstein 2019; Angelika Timm, *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn: Bouvier 1997.

nie erscheinen – lediglich seine Dokumentation *Kennzeichen J* wurde 1966 veröffentlicht.¹³

Jüdischer Widerstandskämpfer ebenso wie konservativer oder kirchlicher wurde hingegen erst spät und selten gedacht. Seit 1971 – Erich Honecker wurde zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED ernannt – sind »humanistische« Anteile in der deutschen Geschichte in den historischen Kanon der DDR integriert und als immanente »Traditions«-Bestände aufgenommen worden. Allmählich erweiterte sich die Perspektive auf Widerstandsgruppen jenseits des kommunistischen Arbeiterwiderstands. Erst Anfang der 1980er Jahre pluralisierte sich im Zuge der Bemühungen der Regierung Honecker um eine »Koalition der Vernunft« mit der Bundesrepublik, die sich gegen die nukleare Aufrüstung in Europa richten sollte, die Perspektive auch auf Widerstandsgruppen jenseits des kommunistischen Arbeiterwiderstands. Im Bemühen um »Meistbegünstigung« durch die USA näherte sich die SED-Führung dem World Jewish Congress an und sicherte Entschädigungszahlungen zu. Andere Opfergruppen wie Roma und Sinti, Homosexuelle, als »Asoziale« Verfolgte oder Wehrmachtsdeserteure blieben bis zum Ende der DDR absolut marginalisiert. Immerhin erfuhren die Opfer der »Euthanasie« eine späte Würdigung.

In der Versöhnungsarbeit spielten die evangelischen Landeskirchen in der DDR eine wichtige Rolle. Einzelne Gemeinden bemühten sich nach einer Initiative der westdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahr 1950 um die Pflege der »nicht erhaltenen jüdischen Friedhöfe«. Daneben existierten einige christliche Studiengruppen, die sich mit der jüdischen Geschichte auch auf lokaler Ebene befassten. Die evangelische Freiwilligenorganisation »Aktion Sühnezeichen« veranstaltete seit 1981 Sommercamps, um jüdische Grabstätten in der DDR zu pflegen. Das sozialistische Regime wiederum sah sich durch das kirchliche Engagement herausgefordert und verpflichtete FDJ-Angehörige zu Arbeiten auf jüdischen Friedhöfen. Die kleinen jüdischen Gemeinden wurden dabei regelmäßig übergangen.

Trotzdem legten die Kirchen in gewisser Weise den Grundstein für eine spezifisch ostdeutsche Version einer »Geschichte von unten« durch oppositionelle Gruppen. Verschiedene Initiativen befassten sich mit jüdischer Geschichte in ihrer Stadt, ihrer Region. In Halle an der Saale unternahm die »Georgen-Baugruppe« der örtlichen St.-Georgen-Kirche in den Jahren

13 Helmut Eschwege, *Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945*. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig und einer Einleitung von Rudi Goguel. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1966.

1988/89 Instandsetzungsarbeiten auf dem jüdischen Friedhof. Die Aktivisten begründeten dies mit der deutschen Verantwortung für die Ermordung der europäischen Juden. 1987 veröffentlichte das jüdische Schriftstellerehepaar Rudolf Hirsch und Rosemarie Schuder die erste umfassende Darstellung der Geschichte des deutschen Antisemitismus.¹⁴

DDR postkolonial?

Während der DDR-Antifaschismus kein eigenes Verständnis der Schoah aufbringen konnte, gehörte der antikoniale Antiimperialismus von Anfang an zum politisch-kulturellen Selbstverständnis. Der Bruch mit der kolonialen Vergangenheit hatte seit 1974 gar Verfassungsrang: Fortan verschrieb sich die Regierung der DDR dem Kampf gegen »die imperiale Unkultur«, indem sie alle »Staaten und Völker [unterstützte], die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpften«. Zwar war die Epoche des »Dritten Reiches« auch dort ubiquitär im Gedächtnis verankert, doch bildeten Antifaschismus und Antiimperialismus keine konkurrierenden Narrative. In gewisser Weise ebneten sie – freilich unter autoritären Vorzeichen – den Weg für eine »multidirektionale Erinnerung« (Michael Rothberg) *avant la lettre*.¹⁵ In der marxistisch-leninistischen Theorie gehörte beides zusammen, war doch der »Hitlerfaschismus« eine Ausgeburt, eine Spielform des Imperialismus.

Der seit zwei Dekaden in postkolonialen Debatten betonte Zusammenhang zwischen Kolonialismus und NS-Verbrechen war im ostdeutschen Staat von Anfang an Teil der teleologischen Erzählung von den zunehmenden Eskalationsstufen kapitalistischer Expansion. Dieses Ineinandergreifen von Kolonialismus und Nationalsozialismus belegte die DDR-Geschichtswissenschaft beispielsweise mit dem kolonialen Genozid in Namibia. An der Leipziger Karl-Marx-Universität zog Heinrich Loth schon 1961 eine Linie von den kolonialen Konzentrationslagern in Südwestafrika zu denjenigen der Nationalsozialisten.¹⁶ *Von Windhuk nach Auschwitz*, so der

14 Rudolf Hirsch/Rosemarie Schuder, *Der Gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der Deutschen Geschichte. Essays*. Berlin (Ost): Rütten & Loening 1987.

15 Michael Rothberg, *Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*. Berlin: Metropol 2021.

16 Heinrich Loth, *Auf den Spuren des deutschen Imperialismus und Militarismus in Südwestafrika*. In: *Urania*, Nr. 21/1, 1961.

programmatische Titel bei Jürgen Zimmerer,¹⁷ war eine Erzählung der DDR-Geschichtswissenschaft, die hier in der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte Pionierarbeit leistete.

Anders als ihre westdeutschen Kollegen und Kolleginnen hatten ostdeutsche Historiker bereits seit 1956 Zugang zu den Akten des Reichskolonialamts, nachdem diese zuvor aus der Sowjetunion nach Merseburg und Potsdam zurückgekehrt waren. Waren in der westdeutschen Geschichtswissenschaft noch einflussreiche Kolonialapologeten wie Warhold Drascher und Gerhard Ritter am Werk, positionierten sich die Historiker in der DDR von Beginn an als scharfe Kritiker des Kolonialismus. Trotzdem blieben koloniale Denkmuster durch den unkritischen Gebrauch der Quellsprache präsent. Das Bild eines vermeintlich rückständigen afrikanischen Kontinents blieb bestehen.¹⁸

Aus heutiger Sicht erscheinen die frühen Arbeiten der DDR-Geschichtswissenschaft dennoch progressiv und nicht selten nah am heutigen Stand der Historiografie zum Kolonialismus. Indem die Wissenschaftler einen Fokus auf antikoloniale Kämpfe richteten, zeichneten sie ein anderes Bild der Kolonialzeit. Der Historiker Horst Drechsler beschrieb in seiner 1966 veröffentlichten Studie zu Namibia erstmals den Krieg gegen die Herero und Nama als Genozid und stellte Kontinuitätslinien zwischen kolonialen Gewaltverbrechen und dem Nationalsozialismus her.¹⁹ Doch auch über die Erforschung des Genozids hinaus setzten die DDR-Afrikawissenschaften wichtige Impulse. 1966 hob Ingeburg Winkelmann die Verbindungen von Kolonialismus und Ethnologie im Kaiserreich hervor, zwanzig Jahre bevor eine gleichgelagerte Arbeit in Westdeutschland erschien.²⁰ Burchard Brentjes ist die Wiederentdeckung des schwarzen Philosophen Anton Wilhelm Amo

17 Jürgen Zimmerer, *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*. Münster: LIT 2011.

18 Christiane Bürger, *Deutsche Kolonialgeschichte(n). Der Genozid in Namibia und die Geschichtsschreibung der DDR und BRD*. Bielefeld: transcript 2017.

19 Horst Drechsler, *Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft. Der Kampf der Herero und Nama gegen den deutschen Imperialismus (1884–1915)*. Berlin: Akademie-Verlag 1966; Ulrich van der Heyden, *Die Afrikawissenschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel*. Münster: LIT 1999.

20 Ingeburg Winkelmann, *Die bürgerliche Ethnographie im Dienste der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches (1870–1918)*. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin 1966. Das westdeutsche Äquivalent war Manfred Gothsch, *Die deutsche Völkerkunde und ihr Verhältnis zum Kolonialismus*. Baden-Baden: Nomos 1983. Vgl. H. Glenn Penny, *Im Schatten Humboldts. Eine tragische Geschichte der deutschen Ethnologie*. München: Beck 2019.

im deutschsprachigen Raum zu verdanken. 1976 verhalf er ihm mit einer kleinen Schrift zu globaler Berühmtheit.²¹ Aus afrikanischer Perspektive blieben diese und andere Studien, so der togolesische Germanist Adjaï Paulin Oloukpona-Yinnon, »zur Stärkung afrikanischen Bewusstseins unvergesslich«.²²

Das antikoloniale Selbstbild der DDR war zugleich von Widersprüchen zerrissen. Das wurde besonders in den Aktionen der Freundschaftsbrigaden im Ausland sowie im Alltag der DDR sichtbar. Da der Rassismus in der DDR als überwunden galt und als Alltagserscheinung in die Länder des westlichen Blocks externalisiert wurde, fand keine ernsthafte Auseinandersetzung damit statt. Alltagsrassismus war die Folge, der in Gewalt, Verfolgung und wohnräumlicher Segregation seinen Ausdruck fand. Die internationalen Aktionen zur »Völkerfreundschaft« waren ähnlich von einem kolonialen Unterton geprägt, weil sie sich, so hat es Hubertus Büschel gezeigt, ihrer Wurzeln im Spätkolonialismus nie entledigt hatten.²³

Diese Gleichzeitigkeit von antirassistischem Selbstverständnis und strukturellem Rassismus, die das Leben in der DDR bis zu ihrem Ende prägte, ist bisher kaum vergegenwärtigt und noch weniger historisch erforscht. Trotz der offensichtlichen Diskrepanz zwischen Selbstbild und Alltagserfahrung war die »internationale Solidarität« kein Etikettenschwindel und nicht allein Staatsideologie. Bis in die DDR-Provinz durchdrangen die Appelle gegen den Imperialismus, die Solidaritätserklärungen für unterdrückte Personen und Länder oder die Sammlungsaktionen für sozialistische Partnerländer die lebensweltliche Sphäre vieler Menschen. Vielfach wurde der staatliche Solidaritätsaktivismus gar von unten getragen, geriet manchmal sogar in Konflikt mit der politischen Führung.

Eine antikolonialistische weiße Weste gab sich die DDR besonders im öffentlichen Raum. Bereits 1945 machte die neue Führung in allen Städten Ostdeutschlands Tabula rasa mit Straßennamen, die Kolonialisten ehrten und den Kolonialismus hochhielten. Mehrere Hundert wurden in Ost-Berlin, Leipzig und Dresden bis 1989 ausgetauscht. Zu wichtigen Anlässen wurden

21 Burchard Brentjes, *Anton Wilhelm Amo. Der schwarze Philosoph in Halle*. Leipzig: Koehler & Amelang 1976.

22 Adjaï A. Paulin Oloukpona-Yinnon, *DDR-Afrikawissenschaft aus aktueller Sicht eines afrikanischen Germanisten*. In: Dorothee Röseberg / Monika Walter (Hrsg.), *Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne*. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag 2020.

23 Hubertus Büschel, *Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960–1975*. Frankfurt: Campus 2014. Vgl. auch das aktuelle Heft *DDR post-kolonial* von *Peripherie*, Nr. 165+166, Juli 2022.

die Namensänderungen in öffentlichen Zeremonien begangen, so beispielsweise in Ost-Berlin, wo nach der Ermordung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende und dem Tod des Literaturnobelpreisträgers Pablo Neruda 1973 zwei Straßen nach ihnen benannt wurden.²⁴ Mit den Straßennamen verschwanden etliche koloniale Denkmäler, wie der Kolonialbrunnen in Weimar oder der Kolonialstein in Leipzig, die bereits in den frühen Jahren der DDR abgetragen oder umgestaltet wurden. Der solidarische Geist der DDR drückte sich im öffentlichen Raum durch Namen antiimperialer Helden aus: von der Nelson-Mandela-Schule in Ilmenau, über die Victor-Jara-Berufsschule in Zeitz, die Oberschule Ho Chi Minh in Erfurt bis zur Krankenhausstation Jacob Morenga in Berlin-Buch.

Diese Umgestaltung des öffentlichen Raums war nicht allein von oben diktiert. Nach der Ermordung von Patrice Lumumba 1961, dem ersten frei gewählten Ministerpräsidenten der unabhängigen Demokratischen Republik Kongo, kam es zu einer breiten Solidaritätswelle in der DDR und zu Straßenumbenennungen in mehreren Städten. Örtliche Gruppen wie die von der Karl-Marx-Universität in Leipzig initiierten noch im gleichen Jahr die Errichtung eines Lumumba-Denkmal und die Benennung einer gleichnamigen Straße. Die Enthüllung wurde, wie vorher schon der Protest gegen seine Ermordung, zu einem Großereignis, an dem Tausende, vor allem Studierende, teilnahmen. Die Lumumba-Büste wurde zu einem wichtigen Gedenkort, an dem sich jährlich Menschen versammelten, um seiner Ermordung zu gedenken. Insbesondere für die afrikanischen Studierenden in Leipzig blieb das Denkmal bis Ende der 1980er Jahre ein wichtiger Versammlungsort.

In jedem Mai beging man die »Woche der Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf der Völker Afrikas«. Jedes Jahr wiederholte sich am 24. April zudem der »Internationale Kampftag der Jugendlichen und Studenten gegen Kolonialismus und für friedliche Koexistenz«, der gewöhnlich von FDJ-Gruppen ausgerichtet wurde. So hielt das durchgeplante Kalenderjahr die Erinnerung an den Kolonialismus wach, auch wenn die Entpolitisierung dieser Veranstaltungen seit den 1970er und 1980er Jahren schleichend zunahm.²⁵ Die Unterstützung afrikanischer Unabhängigkeitsbewegungen, die Hilfsgüter für vietnamesische Kriegsoffer oder die Solidarisierung mit schwarzen Freiheitskämpfern und -kämpferinnen wie Martin Luther King,

24 Maoz Azaryahu, *Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR*. Gerlingen: Bleicher 1991.

25 Georg Hoffmann, *Sprachliche Deritualisierung und kommunikativer Wandel durch den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR*. Frankfurt: Peter Lang 2010.

Nelson Mandela oder Angela Davis waren nicht nur Akte eines an seinem außenpolitischen Bild interessierten Staates. Dabei stach die Welle der Empathie für die schwarze Bevölkerung Südafrikas, besonders für ihre Ikone Nelson Mandela, heraus. 1986 folgten Zehntausende Kinder und Jugendliche dem Aufruf einer Zeitschrift und sandten selbstgemalte Grußkarten an Mandela, die ihn im Gefängnis auf Robben Island erreichten. Ein Vierteljahrhundert später erinnert sich sein Enkelsohn Mandla Mandela daran: »Einer der schönsten Momente war für meinen Großvater, als er im Pollsmoor-Gefängnis diese vielen Postkarten von jungen Menschen aus Ostdeutschland erhielt.«²⁶

Zögerlich verhielt man sich hingegen bei der Frage der Kulturgüterrückgabe. Diese entsprach zwar dem antiimperialistischen Selbstbild, dennoch zeigte sich die politische Führung gegenüber direkten Forderungen um die eigenen Museumsbestände besorgt. Trotz einer vagen Bereitschaft zur Rückgabe sind keine Restitutionen aus den umfangreichen Afrikasammlungen, darunter eine reiche Anzahl an Benin-Büsten, bekannt. Ein Teil der Benin-Sammlung war zusammen mit der Berliner Afrikasammlung 1945 von der Roten Armee in die Sowjetunion gebracht worden und erst Ende der 1970er Jahre nach Leipzig zurückgekommen, wo sie teilweise bis in die neunziger Jahre unangetastet in Holzkisten schlummerte. Solche Trajektorien von Objekten verhinderten neben politischen Divergenzen zwischen der DDR und dem heutigen Nigeria als Herkunftsort eine Rückgabe der Sammlung.²⁷ Auf der Leitungs-, Forschungs- und Ausstellungsebene bestanden trotzdem enge Beziehungen zwischen den ethnologischen Museen der DDR und afrikanischen Staaten. So unterstützten sich diese gegenseitig mit dem Aufbau und der Ausstellung von Sammlungen. Die DDR-Museumsethnologen legten über Reisebeschränkungen hinweg Wert auf Zusammenarbeit mit den »Herkunftsgemeinschaften«. Dies mündete unter anderem in der nigerianischen Leihausstellung »Schätze aus Alt-Nigeria – Erbe von 2000 Jahren«, die 1985 im Berliner Pergamon-Museum gezeigt wurde.

26 *Mandelas Enkel erinnert sich*. Interview von Olaf Neumann mit Mandla Mandela. In: *ntv* vom 2. Januar 2020 (www.n-tv.de/leben/Madiba-sprach-die-Herzen-der-Menschen-article21464856.html).

27 Bénédicte Savoy, *Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage*. München: Beck 2021.

»Zweifache Vergangenheit« als Einebnung der Schoah

Die antifaschistische wie antikonkoloniale Erinnerungskultur in der DDR wird oft als staatlich verordnete Symbolpolitik gesehen. Diese Perspektive ist ebenso richtig wie verkürzt, denn spätestens seit den 1970er Jahren hatte man sich die offizielle erinnerungspolitische Grundorientierung zu eigen gemacht. Das zeigt sich sowohl im öffentlichen Engagement von FDJ-Gruppen als auch in der thematischen Setzung und den internationalen Kooperationsbemühungen von Wissenschaft und Museen. Die Solidaritätskampagnen waren zwar tatsächlich oftmals von oben dirigiert, mussten aber von unten getragen werden. Das wurde gerade im Umbruchsjahr 1990 deutlich, als die institutionalisierten Strukturen wegbrachen und in Ostdeutschland zivilgesellschaftliche sowie karitative Vereine und Anti-Apartheid-Initiativen aus dem Boden schossen. Aus der Konkursmasse des staatlichen Solidaritätskomitees entstand der Solidaritätsdienst International (SODI).²⁸

Am 9. November 1989 wurden die innerstädtischen Grenzen geöffnet, die den Osten Berlins vom »Westen« trennten. Das in der DDR gerade erst erwachte Gedenken an die »Reichskristallnacht« von 1938 wurde damit von dem Vereinigungstaumel überdeckt, dessen Kater bis heute anhält.²⁹ So bildet das Datum nicht nur eine Zäsur in der deutschen Geschichte, sondern markiert schließlich das Ende des Kalten Krieges. Das knappe Jahr, das zwischen diesem Tag und dem 3. Oktober 1990 lag, veränderte für viele Menschen alles. Es war die erste frei gewählte Volkskammer der DDR, die 1990 sowjetische Juden und Jüdinnen einlud, nach Deutschland zu kommen. Eine der Initiatorinnen war Anetta Kahane. 1991 wurde dieses Anrecht in bundesrepublikanisches Recht gegossen. Seitdem sind weit mehr als 200 000 Menschen immigriert. Sie sind es, die die überalterten Gemeinden in Ost und West am Leben halten.

Mit der »Wende« fanden die staatlichen Akte der »internationalen Solidarität« mit dem Globalen Süden ein abruptes Ende. Ebenso waren sämtliche Fäden der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus schlagartig abgerissen. Mit dem Niedergang der DDR verschwand nicht nur ein staatlicher Akteur der deutschen Geschichtspolitik, der begrabene Staat wurde auf einmal selbst zum Gegenstand der Memorialkultur und ver-

28 Paul Sprute, *Die Nachleben der Solidarität. Ideen und Praktiken des »Solidaritätsdiensts International« im vereinigten Deutschland*. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Nr. 60, 2020.

29 Harald Schmid, *Antifaschismus und Judenverfolgung. Die »Reichskristallnacht« als politischer Gedenktag in der DDR*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2004.

drängte andere Erinnerungen. Nun hielt das erinnerungspolitische Mantra von der »zweifachen Vergangenheit« (Eberhard Jäckel) Einzug, womit allerdings nicht das (post)koloniale, sondern das (post)sozialistische Erbe neben dem Nationalsozialismus angesprochen wurde.

Dieser Zuschnitt auf eine »doppelte Diktaturerfahrung« der Ostdeutschen äußerte sich meist über einen rein phänomenologischen Vergleich des Nationalsozialismus mit der DDR, der Differenzen unterminierte und zur Einebnung der Schoah in eine allgemeine Gewaltgeschichte im 20. Jahrhundert (»Zeitalter der Extreme«) führte.³⁰ Die damit implizierte Gleichsetzung der NS-Verbrechen und damit der Schoah mit dem in der SBZ/DDR begangenen Unrecht lässt sich schon auf der sprachlichen Ebene durch bestimmte immer wieder benutzte und reproduzierte, meist allgemein gehaltene Begrifflichkeiten nachvollziehen.

Als im Oktober 1991 auf Antrag der sächsischen CDU-Fraktion das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. (HAIT) ins Leben gerufen wurde, scherte man die Zeit des Nationalsozialismus und des Realsozialismus über einen Kamm. So sei ein »Institut zur Erforschung totalitärer Strukturen« zu gründen, welches »die in 60 Jahren gewachsenen politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Nationalsozialismus und SED-Regimes zu erforschen« habe.³¹ Das gleiche Narrativ findet sich im Klappentext des Katalogs zur überarbeiteten Dauerausstellung der »Gedenkstätte Münchner Platz Dresden«, einem Haft- und Hinrichtungsort. Darin hieß es: »Der Gebäudekomplex am Münchner Platz wurde von 1907 bis 1957 von der Justiz genutzt, davon fast 25 Jahre unter den Bedingungen ideologisch ausgerichteter Diktaturen.«³² Die Gleichsetzung von Nazideutschland und DDR war mehr als eine illegitime Verallgemeinerung. Schließlich hat es in der SBZ und DDR zu keinem Zeitpunkt eine systematische Massenvernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen gegeben. Das in extremismustheoretischer Logik evozierte Paradigma der strukturellen Gleichheit von NS- und SED-Regime lässt sich am »Münchner Platz« auch visuell anhand der Ausstellungsgestaltung nachvollziehen. So sind die beiden Ausstellungsteile gänzlich deckungsgleich gestaltet und nur räumlich voneinander getrennt.

30 Eckhard Jesse, *Das Dritte Reich und die DDR – Zwei »deutsche« Diktaturen?* In: *Totalitarismus und Demokratie*, Nr. 2/1, 2005.

31 Antrag der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag (1. Wahlperiode, Drucksache 1/961) vom 9. Oktober 1991.

32 Vgl. Birgit Sack/Gerald Hacke, *Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden 1933–1945, 1945–1957*. Dresden: Sandstein 2016.

Weitere analytisch fragwürdige Begriffe wie »totalitäre Regime«, »totalitäre Strukturen« oder vor allem »(politische) Gewaltherrschaft« sind in der ostdeutschen Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft bis heute omnipräsent. So setzt sich das seit 2003 gültige Sächsische Gedenkstättenengesetz zum Ziel, »an die Opfer politischer Gewaltherrschaft« zu erinnern. In Brandenburg liegt der Zweck der Gedenkstättenstiftung darin, »an Terror, Krieg und Gewaltherrschaft zu erinnern, die Auseinandersetzung der Öffentlichkeit mit diesem Thema zu fördern und ein würdiges Gedenken an die Opfer der Verbrechen der Gewaltherrschaft des NS-Regimes, der sowjetischen Besatzungsmacht und der DDR zu ermöglichen«. ³³ Auch in Frankfurt/Oder ist ein Gedenkort den »Opfern politischer Gewaltherrschaft« gewidmet.

Der in den ostdeutschen Ländern gewählte und in Sachsen besonders konsequent beschrittene Weg, die Verbrechenkomplexe des Nationalsozialismus und der SBZ/DDR in einer allgemeinen Diktatur- und Gewaltgeschichte anzugleichen, blieb allerdings nicht unwidersprochen. Im Zusammenhang mit der Errichtung der Gedenkstätte in Torgau eskalierte Anfang 2004 der seit Jahren schwelende Streit zwischen NS-Opferverbänden und denen aus der SBZ und DDR, so dass der Zentralrat der Juden in Deutschland seine Mitgliedschaft im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aufkündigte, da er eine illegitime Gleichsetzung und damit Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus mit dem Unrecht der SBZ/DDR wahrnahm.

Durch die gezielte Angleichung des DDR-Unrechtsstaats an die NS-Verbrechen werden die virulenten Unterschiede, die sich schon in der quantitativen Dimension der Opfer widerspiegeln, in einer abstrakten Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts aufgelöst. Am Beispiel der Erinnerungs- und Gedenklandschaft in Ostdeutschland lässt sich nachvollziehen, welche Folgen drohen, wenn versucht wird, verschiedene Verbrechenkomplexe semantisch anzugleichen. Anders als häufig im Fall der Opfer der europäischen Kolonialverbrechen unterstellt, führt die Herstellung von Opferkonkurrenzen bei gleichzeitiger Kritik an einer vermeintlich hegemonialen Dominanz des Erinnerns an die Shoah zu keiner angemessenen Erinnerung und Würdigung von Opfern anderer Regime und Epochen. Vielmehr implementiert sie eine Relativierung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und leistet damit – ob bewusst oder unbewusst – antisemitischen Einstellungsmustern Vorschub.

33 Vgl. § 2 der Verordnung über die Errichtung der rechtsfähigen Stiftung öffentlichen Rechts »Brandenburgische Gedenkstätten«. In: GVBl. II/97, [Nr. 18], S. 470.

Multiple Memorialkulturen

Nach 1990 wurde die Chance verpasst, der Komplexität der deutschen Vergangenheit durch eine heterogenere Erinnerungslandschaft gerecht zu werden. Stattdessen wurde die westdeutsch geprägte Debatte zur Norm. Sie blendete nicht nur die staatlichen Aspekte der ostdeutschen Memorialkultur aus, sondern auch die persönlich-biografischen Geschichten und Erinnerungen, zumal der migrantischen ostdeutschen Bevölkerung. Dieser einseitig westdeutsche Referenzbezug in der Erinnerungskultur, der sich in der Berliner Republik durchsetzte, wurde zur öffentlichen Ausschlussmaschine. Auch dies ist ein Grund dafür, warum beispielsweise weder eine Auseinandersetzung um die Rassismuserfahrungen in beiden deutschen Staaten geführt wurde noch die Forderungen ehemaliger Vertragsarbeiter in der DDR im wiedervereinigten Deutschland Resonanz fanden.³⁴ Zwar wiesen die Debatten der letzten Jahre zu Recht auf die Breite der Erfahrungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen hin, schlossen dabei jedoch die DDR-Erfahrungen aus. Der Antikolonialismus-Diskurs in Deutschland bleibt weiterhin vom Westen geprägt.

Eine multiple Erinnerungslandschaft zu fordern heißt nicht nur, weitere Opfergeschichten, zumal die der Kolonialverbrechen, zu implementieren, sondern auch die individuellen Geschichten von Menschen sowohl mit west- und ostdeutscher als auch mit migrantischer Biografie ernst zu nehmen und anzuerkennen. Die derzeitige Konkurrenzdebatte führt hier nicht weiter. Ein angemessenes Erinnern sollte weder aufwiegen noch einebnen. Dann nämlich würde jedes Leid in einer abstrakten Gewaltgeschichte erodieren. Genau diese besorgniserregende Tendenz lässt sich bereits in der Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik an Orten mit »zweifacher Vergangenheit« erkennen. Demgegenüber müsste eine Perspektive der multiplen Vergangenheiten postuliert werden, die auch die DDR-Erfahrung mit einbezieht.

34 www.vertragsarbeit-mosambik-ddr.de

MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Schwerpunkt: »Geschichtspolitik«

Thomas Hertfelder, Erfolgsgeschichte Bundesrepublik:
eine Meistererzählung

Norman Aselmeyer / Stefan Jehne / Yves Müller,
»Die DDR hat's nie gegeben«

Matthias Dell, Straßennamen – Erfurt zum Beispiel

Claudia Gatzka, Post vom Volk. Geschichtskolumne.

Franziska Davies, Fehler in der Politik?

William Davies, Die Irrtümer der Soziologie

Catherine Davies / Laetitia Lenel, Holocaust und
Kolonialverbrechen

Sibylle Severus, Vogelfederleichtigkeit

Hanna Engelmeier, Untaugliche Versuche



76. Jahrgang, September 2022

Klett-Cotta

880

MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift
für europäisches Denken

Der Merkur ist eine Kulturzeitschrift, wobei der Begriff der Kultur in denkbar weitem Sinne zu verstehen ist. Er erscheint monatlich und wendet sich an ein anspruchsvolles und neugieriges Publikum, das an der bloßen Bestätigung der eigenen Ansichten nicht interessiert ist. Mit kenntnisreichen und pointierten Essays, Kommentaren und Rezensionen hält der Merkur gleichermaßen Distanz zum Feuilleton wie zu Fachzeitschriften. Die Unterzeile »Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken« formulierte bei der Gründung im Jahr 1947 das Bekenntnis zu einer weltanschaulich unabhängigen Form von Publizistik, die über kulturelle und nationale Grenzen hinweg alle intellektuell relevanten Debatten ihrer Zeit aufnehmen wollte. Auch wenn der Horizont für ein solches Unternehmen sich mittlerweile deutlich erweitert hat, trifft das noch immer den Kern des Selbstverständnisses der Zeitschrift.

Heft 880, September 2022, 76. Jahrgang

Herausgegeben von Christian Demand
und Ekkehard Knörer

Gegründet 1947 von Hans Paeschke
und Joachim Moras

Herausgeber 1979–1983 Hans Schwab-Felisch
1984–2011 Karl Heinz Bohrer
1991–2011 Kurt Scheel

Lektorat/Büro: Ina Andrae

Redaktionsanschrift: Mommsenstr. 27,
10629 Berlin

Telefon: (030) 32 70 94 14 Fax: (030) 32 70 94 15

Website: www.merkur-zeitschrift.de

E-Mail: redaktion@merkur-zeitschrift.de

Der Merkur wird unterstützt von der
Ernst H. Klett Stiftung Merkur.

Partner von Eurozine, www.eurozine.com

Verlag und Copyright: © J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, Postfach 106 016, 70049 Stuttgart, Tel. (0711) 66 72-0, www.klett-cotta.de · Geschäftsführer: Dr. Andreas Falkinger, Philipp Haußmann, Tom Kraushaar. Leiter Zeitschriften: Thomas Kleffner, th.kleffner@klett-cotta.de · Media-Daten: www.merkur-zeitschrift.de/media · Manuskripte: Für unverlangt und ohne Rückporto eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. · Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. August 2022 · Gestaltung: Erik Stein · Satz und E-Book-Umsetzung: Dörlemann-Satz GmbH & Co. KG, Lemförde · Druck und Einband: Friedrich Pustet AG, Regensburg

Bezugsbedingungen: Der Merkur erscheint monatlich. Preis 14 €; im Abonnement jährlich 140 € / 162 sFr; für Studenten gegen Vorlage einer Bescheinigung 96 € / 114 sFr; alle Preise jeweils zzgl. Versandkosten. · Die elektronische Version dieser Zeitschrift mit der Möglichkeit zum Download von Artikeln und Heften finden Sie unter www.volltext.merkur-zeitschrift.de. Der Preis für das elektronische Abonnement (E-Only) beträgt 140 € / 162 sFr; für Studenten und Postdocs gegen Vorlage einer Bescheinigung 48 €; für Privatkunden, die gleichzeitig die gedruckte Version im Abonnement beziehen, 20 € / 28 sFr. Im jeweiligen Preis der elektronischen Abonnements ist der Zugriff auf sämtliche älteren digitalisierten Jahrgänge enthalten. Preise für Bibliotheken und Institutionen auf Anfrage. Alle genannten Preise enthalten die zum Zeitpunkt des Kaufs gültige Mehrwertsteuer. In Drittländern jenseits der Schweiz (und außerhalb der EU) gelten die angegebenen Preise netto. · Die Mindestbezugsdauer beträgt ein Jahr. Erfolgt keine Abbestellung spätestens vier Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes, verlängert sich das Abonnement auf unbestimmte Zeit; dieses kann sodann jederzeit mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Es gelten unsere allgemeinen Bezugsbedingungen für Zeitschriftenabonnements (ABBs).

Abonnementverwaltung (falls vorhanden, bitte Ihre Kundennummer angeben): Leserservice Verlag Klett-Cotta, Postfach 13 63, 82034 Deisenhofen, Telefon (0 89) 8 58 53-868, Fax (0 89) 8 58 53-6 28 68.
E-Mail: klett-cotta@cover-services.de

ESSAY

Thomas Hertfelder
Erfolgsgeschichte Bundesrepublik.
Vom Anfang und Ende einer
Meistererzählung 5

*Norman Aselmeyer / Stefan Jehne /
Yves Müller*
»Die DDR hat's nie gegeben.«
Leerstellen in der aktuellen
Erinnerungsdebatte 27

Matthias Dell
Erfurt zum Beispiel.
Zur Frage der Straßennamen 42

KRITIK

Claudia Gatzka
Geschichtskolumne.
Post vom Volk 55

Franziska Davies
Fehler in der Politik? 65

William Davies
Die Irrtümer der Soziologie 70

■ MARGINALIEN

Catherine Davies / Laetitia Lenel
Konkurrenz oder Koproduktion?
Zur Erinnerung an Holocaust und
Kolonialverbrechen 83

Sibylle Severus
Vogelfederleichtigkeit 94

Hanna Engelmeier
Untaugliche Versuche 99

Thomas Hertfelder, geb. 1959, Geschäftsführer der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart und Historiker. 2018 erschien der Herausgeberband *Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert* (zus. m. Frank Bösch u. Gabriele Metzler).
hertfelder@stiftung-heuss-haus.de

Norman Aselmeyer, geb. 1983, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen.
norman.aselmeyer@uni-bremen.de

Stefan Jehne, geb. 1989, Historiker, Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.
jehne@zzf-potsdam.de

Yves Müller, geb. 1982, Historiker, Doktorand an der Universität Hamburg.
yves.mueller@uni-hamburg.de

Matthias Dell, geb. 1976, freier Kulturjournalist u. a. für Deutschlandfunk Kultur, Zeit Online. 2018 erschien *Duisburg Düsterburg. Werner Ružička im Gespräch* (zus. m. Simon Rothöhler).

Claudia Gatzka, geb. 1985, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Freiburg. 2019 erschien *Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik, 1944–1979*.
claudia.gatzka@geschichte.uni-freiburg.de

Franziska Davies, geb. 1984, Akademische Rätin auf Zeit am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2022 erschien *Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs* (zus. m. Ekaterina Makhotina).

William Davies, Professor für Politische Ökonomie am Goldsmiths College der University of London. 2020 erschien *This Is Not Normal: The Collapse of Liberal Britain*. – Der Beitrag erschien in der *London Review of Books* vom 9. Juni 2022 unter dem Titel *Destination Unknown*.

Catherine Davies, geb. 1982, wissenschaftliche Oberassistentin am Historischen Seminar der Universität Zürich. 2018 erschien *Transatlantic Speculations. Globalization and the Panics of 1873*.
catherine.davies@outlook.com

Laetitia Lenel, geb. 1988, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.
laetitalenel@hu-berlin.de

Sibylle Severus, geb. 1937, Schriftstellerin. 2015 erschienen der Roman *Nauenfahrt* und die Erzählungen *Die Große Kunst*.
sibylle.severus@bluewin.ch

Hanna Engelmeier, geb. 1983, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen. 2021 erschien *Trost. Vier Übungen*.
hanna.engelmeier@kwi-nrw.de